











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Koalition zeigt kein eindeutiges Bild. Befürworter und Gegner finden sich in allen Parteien. Klar erkennbar: Wirtschafts- (pro) stehen gegen Gesundheitspolitiker (contra).	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Auch noch kein eindeutiges Bild. Zwar gibt es prominente Kritiker, jedoch gibt es auch gesprächsbereite Stakeholder und Vertreter, die sich ggf. für das Thema „harm reduction“ gewinnen ließen.	
Bundesrat, Bundesländer	Aktuell zeigen die Länder keine offenen Aktivitäten. Das kann mit der offiziellen Befassung im Bundesrat ändern. Eine Lockerung des Nichtraucherschutzes ist eher nicht zu erwarten.	
Verwaltung	Nur BMEL (contra) und BMWi (pro) sind klar positioniert. BMG und BMJV gelten jedoch als eher Tabakkritisch. Es wird empfohlen Bruchstellen und Anknüpfungspunkte für noch unentschlossene Stakeholder zu identifizieren.	
Fachcommunity	Die Experten zeichnen ein differenziertes Bild. Wir empfehlen, weitere Befürworter zu identifizieren und zu Aussagen ggü. Politik und Verwaltung zu motivieren/befähigen.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 20.07.2015

Meldung: Das BMWi erklärt in einem Schreiben ggü. Forum Rauchfrei, dass auch für legale Produkte geworben werden können muss, wenn dies mit europäischem sowie nationalem Recht vereinbar ist: „Tabakerzeugnisse sind gegenüber Erwachsenen frei handelbare Produkte. [...] Ein totales Tabakwerbeverbot würde aber die Gewerbefreiheit und die Freiheit der Berufsausübung einschränken.“ Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit befragte ebenfalls BMWi und BKAm (Antworten liegen noch nicht vor). Die NGO vermutet Arbeitsplatzverlust und Steuereinnahmen als zentrale Motive pro Tabak.

Einordnung/Empfehlung: Das BMWi und Tabakwirtschaft nutzen die gleichen Argumente. Es gilt, das BMWi ggü. das BMEL weiter zu stärken und weiteren stichhaltigen Argumenten zu unterstützen und in seiner Linie zu bestärken.

Quelle: forum-rauchfrei.de (Brief BMWi) , www.aerztlicher-arbeitskreis.de (BMWi), www.aerztlicher-arbeitskreis.de (BKAm)

Datum: 28.06.2015

Meldung: Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) im Vorlauf zum BMEL-Gesetzentwurf: „Mit Sorge betrachte ich den zunehmenden Konsum von E-Zigaretten. Neben dem geplanten Abgabeverbot an Kinder und Jugendliche sollen auch hier Werbebeschränkungen verhindern, dass derartige Produkte den Einstieg in das Rauchen fördern. [...] Wenn es um den Schutz von Leib und Leben geht, greifen Appelle und Aufklärungs-

kampagnen zu kurz. Mein Ziel ist es, Kinder und Jugendliche vor dem Einstieg in eine potenziell tödliche Raucherkarriere zu schützen.“

Einordnung/Empfehlung: Schmidts Hauptfokus scheint auf dem Jugendschutz zu liegen. Wir empfehlen, Stakeholder mit Informationen über das Konsumverhalten von Heranwachsenden aufzuklären, insbesondere von neutralen Absendern (z.B. Universitäten).

Quelle: www.bmel.de

2.2. Bundestag

Datum: 26.06.2015 - 14.07.2015

Meldung: Michael Fuchs (CDU, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender) moniert, man werde sich die geplanten Werbeeinschränkungen „nochmal genauer auch unter rechtlichen Aspekten ansehen müssen.“ Er fordert mit Blick auf den Export, nicht über EU-Vorgaben hinauszugehen. Rudolf Henke (CDU, MdB, stellv. Vorsitzender Gesundheitsausschuss) befürwortet den BMEL-Entwurf und will sich weiterhin für den Nichtraucherschutz und die Verringerung der Raucherquote einsetzen. Die stellv. wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Andrea Wicklein (MdB) ist für die Ausweitung des Werbeverbots auf E-Zigaretten. Lothar Binding (SPD, MdB) bringt zudem eine Verschärfung des Entwurfs im parlamentarischen Prozess ins Gespräch. Anders der drogenpolitische Beauftragte der SPD-Fraktion Burkhard Blienert (MdB): Er wolle niemanden Genuss verbieten. Doch spricht er sich gegen die Verharmlosung der E-Zigarette aus. Der drogenpolitische Sprecher von Die Linke Frank Tempel (MdB) sowie die Fraktion erwarten von der Regierung, über die Mindestanforderungen der EUTPD hinauszugehen. Sie kritisieren den Widerstand des BMWi. Ähnlich die Grüne-Bundestagsfraktion: Sie fordert neben der Regulierung von E-Zigaretten eine Gesamtstrategie gegen Tabak. 2013 befürwortete die Fraktion noch E-Zigaretten als Alternative für Raucher.

Einordnung/Empfehlung: Eine deutliche Position haben bislang nur die Gegner eingenommen. Auch im Parlament deutet sich eine Position der Wirtschafts- gegen Gesundheitspolitiker an. Die Befürworter erscheinen als „schweigende Gruppe: Wir empfehlen die Befürworter weiter zu identifizieren, mit belastbaren Informationen zu sensibilisieren und letztlich zu aktivieren. Gespräche mit Unentschlossenen (z.B. Blienert) können Informationen für neue Ansatzpunkte liefern.

Quelle: tagesspiegel.de , gegentabak.de , forum-rauchfrei.de (Brief Frank Tempel), forum-rauchfrei.de (Brief Lothar Binding) ; forum-rauchfrei.de (Brief Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), harald-terpe.de (Grünen-Position 2013) , burkhard-blienert.de , (Brief Rudolf Henke)

2.3. Bundesrat und Bundesländer

k.A.

2.4. EU und EU-Staaten

Datum: 03.08.2015

Meldung: Das geplante Verkaufsmonopol für E-Zigaretten in sog. Tabaktrafiken widerspricht der österreichischen Verfassung. Die Argumente des Gesundheits- und Jugendschutzes

seien nicht so stichhaltig, dass damit die Beschneidung der Freiheit der Erwerbsausübung gerechtfertigt werden könnte, so das Verfassungsgericht.

Einordnung/Empfehlung: Das Urteil kann als Beispiel für juristische Bedenken ggü. zu strikten Regelungen herangezogen werden.

Quelle: www.format.at (Artikel), www.vfgh.gv.at (Urteilsspruch VfGH)

Datum: 04.07.2015

Meldung: Norwegen plant eine Plain Packaging-Regelung. Nun endete das [Notifizierungsverfahren](#) bei der EU. Danach könnte das Gesetz verabschiedet und im Mai 2016 in Kraft treten. Ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren in [Ungarn](#) wird im Herbst erwartet. In [Wales](#) läuft derzeit die Gesetzgebung zum E-Zigaretten-Verbot in der Öffentlichkeit ab 2017.

Einordnung/Empfehlung: Tabakgegner können sich dadurch bestärkt fühlen und Ähnliches für Deutschland fordern.

Quelle: www.euwid-verpackung.de

2.5. Fachcommunity

Datum: 06.08.2015

Meldung: Das interdisziplinäre Suchtforschungszentrum der Universität Hamburg führt derzeit eine unabhängige Studie zu Konsumverhalten und Motivation von E-Zigaretten-Konsumenten eigeninitiativ durch. Es wird gefördert vom BMG. Heino Stöver (Leiter des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences), der ebenfalls eine [Studie zum E-Zigarettenkonsum vomn Jugendlichen](#) mit BMG-Geldern umsetzt, warnt davor, E-Zigaretten vorschnell für Jugendliche zu verbieten. Neben Beratung, Selbsthilfegruppen und Nikotinpflastern könne sie einen Beitrag zum Rauchausstieg leisten.

Einordnung/Empfehlung: Je nach Ergebnis ließen sich aus der Studie neue Argumente zur Kommunikation mit dem BMEL ableiten. Die Autoren könnten ggf. auch als Botschafter ggü. Kritikern eingesetzt werden.

Quelle: www.e-zigarettenstudie.de (Studien-Homepage), www.ismokesmart.de , www.morgenpost.de

Datum: 23.07.2015 / 05.08.2015

Meldung: Nach einer Studie der University of Southern California rauchten Jugendliche eher E- statt Tabakzigaretten. Zudem gaben 41% der befragten E-Zigaretten-Konsumenten an, noch nie eine Tabak geraucht zu haben. Laut einer Studie des Health & Social Care Information Centre (UK) haben 22% der britischen Jugendlichen E-Zigaretten einmal probiert. Aber nur 3% der Befragten würden sie regelmäßig konsumieren. Währenddessen verweist die [BZgA](#) auf US-Studien, dass TV-Werbung Jugendliche zum E-Zigarettenkonsum verleitet.

Einordnung/Empfehlung: Die Ergebnisse geben Hinweise, dass die Korrelation von E-Zigaretten und Tabakkonsum geringer sein könnte als von Kritikern angemahnt.

Quelle: www.medizinaktuell.info , <http://pediatrics.aappublications.org> , www.hscic.gov.uk (Studie) , www.hscic.gov.uk (Übersicht)

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 24.07.2015

Meldung: Katrin Schaller, DKFZ, und Prof. em. [Robert Loddenkemper](#) plädieren für ein Werbe- sowie ein Konsumverbot analog zu den Nichtraucherschutzgesetzen. E-Zigaretten seien zwar eine Alternative für Raucher, aber eine Belastung für Nichtraucher.

Einordnung/Empfehlung: Der Artikel bietet Gelegenheit, die Opposition des DKFZ zur E-Zigarette ggü. unentschiedenen Stakeholdern zu relativieren.

Quelle: www.spektrum.de

Datum: 29.06.2015

Meldung: Die Bundesärztekammer begrüßt den BMEL-Entwurf. Präsident Frank Ulrich Montgomery fordert zudem die gesetzlichen Voraussetzungen zur Behandlung von Tabak-sucht zu schaffen. Darüber hinaus dürften Medikamente zur Rauchentwöhnung nicht länger von der gesetzlichen Arzneimittelversorgung ausgeschlossen werden.

Einordnung/Empfehlung: Solche Forderungen spielen der Pharmaindustrie in die Hände, die ihre Absätze (Arzneimittel oder Nikotinersatzprodukte wie Inhaler!) zu erhöhen sucht. Bereits länger aktiv sind hierbei Pfizer, GlaxoSmithKline und Jonson&Johnson.

Quelle: www.aerzteblatt.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 09.08.2015

Meldung: Die Interessengemeinschaft E-Dampfen (ig-ed) startet die Kampagne „E-Zigaretten retten Leben“. ig-ed plant Kundgebungen (z.B. 3.10.2015 zum Dampfertreff-Forum in Oberhausen), und ruft zu Protest-E-mails und „Twitterbomben“ auf.

Einordnung/Empfehlung: Provokante Protestaktivitäten von Zigarettenbefürwortern können die Gegner in der Politik bestärken und Unterstützer abschrecken.

Quelle: <http://ig-ed.org/projekte/e-zigaretten-retten-leben/>

Datum: 07.08.2015, 08.07.2015, 30.06.2015, 27.06.2015

Meldung: Der Bundesverband Druck und Medien (bvdm) sieht im BMEL-Entwurf einen Widerspruch zu den Prinzipien einer freien Marktwirtschaft, der Bürger bevormunde und nachgelagerte Industrien schädige. Nach Markenverband und BDI widersprechen die Pläne des BMEL dem Koalitionsvertrag. Dieser lege eine Eins-zu-eins-Umsetzung fest. Das Werbeverbot gehe aber deutlich über EU-Vorgaben hinaus. Ähnlich äußerte sich auch der ZAW. Genauso argumentiert der DZV. Geschäftsführer Jan Mücke befürchtet zudem spill over-Effekte auf andere Branchen wie z.B. Alkohol oder Zucker und kritisiert, dass legale Produkte nicht mehr beworben werden dürften. Der BdZ verweist in einer Protestnote darauf, dass EU-Staaten ohne Zigarrenwirtschaft weniger strikte Regelungen gewählt hätten als Deutschland mit einer eigenen Zigarrenindustrie.

Einordnung/Empfehlung: Lare ipsum

Quelle: markenverband.de , zaw.de , zigarren-verband.de , zigarettenverband.de , bvdm-online.de

Datum: 06.08.2015, 08.07.2015

Meldung: BAT-Deutschlandchef Ralf Wittenberg glaubt nicht an eine pünktliche Umsetzung der EUTPD. Es läge noch kein Regelwerk vor, aufgrund dessen in Produktion gegangen werden könne. Allein die Umstellung auf PHWs bedürfe etwa ein Jahr Vorbereitung. Bat will sich mit allen verfügbaren Rechtsmitteln gegen die erneute Verschärfung wehren.

Einordnung/Empfehlung: Lare ipsum

Quelle: liquid-news.de , www.horizont.net

Datum: 04.07.2015 / 21.07.2015

Meldung: NGG-Vize Güster befürchtet einen Arbeitsplatzabbau im Falle der Umsetzung der des BMEL-Entwurfs sowie einen Dominoeffekt auf weitere Güter (Zucker, Fett, Alkohol). Er kritisiert die weitere Tabakregulierung und plädiert für Verbraucheraufklärung. NGG-Vorsitzende Rosenberger bezweifelt zudem einen Mehrwert des Werbeverbotes.

Einordnung/Empfehlung: Lare ipsum

Quelle: www.ngg.net , www.ngg.net

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
07.09.2015	Sommerfest des Vorwärts	Vorwärts	Berlin	politcal.de
08.09.2015	Sitzung CDU/CSU-Fraktionsarbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft u.a. zu E-Zigarette	CDU/CSU-Fraktion	Berlin	cducusu.de
08.09.2015	Erste Sitzungswoche nach der Sommerpause	Bundestag	Berlin	bundestag.de
25.09.2015	Erste Plenarsitzung nach der Sommerpause	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
30.09.2015	Jahrestagung: „Marke ist Verantwortung“	Markenverband	Berlin	markenverband.de
06.11.2015	Jahrestagung (diesmal zum Methamphetamin-konsum)	Bundesdrogen-beauftragte	Berlin	drogenbeauftragte.de

Monitoringreport Nr. 01 (Kalenderwochen 27 bis 33)

2./3.12.2015	15. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle	DKFZ	Heidelberg	dkfz.de
10.-12.12.2015	SPD-Bundesparteitag	SPD	Berlin	spd.de

Die Tagungsordnungen von Bundestag und Bundesrat liegen noch nicht vor.

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.